Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Herausgeber und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr 54 — Erscheint wöchentlich 6 mal — Bezugspreis freibleibend! **Halver** Dienstag, den 4. März 1924

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf. für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto.

24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichspräsident und der Reichswehrminister weilten in Karlsruhe zum Besuch der badischen Staatsregierung und reisten dann nach Mannheim zur Teilnahme an der Pfalzkundgebung.

* Der Hauptausschuß des Reichstages gab seine Zustimmung zur Entnahme von 600 Millionen Goldmark Kredit zu Reichszwecken.

* Reichsdeutscher Mittelstandstag und Reichsverband für Handel und Gewerbe beschlossen, keine eigenen Reichstagskandidaten aufzustellen, sondern sich an die politischen Parteien zu wenden.

* Vom Reichsinnenminister ist anläßlich der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes als Waffenausfuhrkommissar zur Kontrolle der Waffenausfuhr aus dem Gebiet Suhl-Zella-Mehlis der preußische Polizeimajor Salitter ernannt worden.

* Die Deutsche Volkspartei hat beschlossen, an ihrem Antrag zur Reichstagsneuwahl am 4. Mai festzuhalten.

* Eine Interpellationsdebatte über die innere Politik in der französischen Kammer artete derart aus, daß es zu heftigen Schlägereien zwischen der Rechten und der Linken kam.

* Im britischen Unterhaus wurde ein Antrag, der die Ausdehnung des Wahlrechts auf Frauen vom 21. Lebensjahre ab vorsieht, mit 288 gegen 72 Stimmen angenommen. Bisher mußten wahlberechtigte Frauen 30 Jahre alt sein.

Ludendorffs Bekenntnis.

Von besonderer Seite wird uns über die Aussagen des Generals Ludendorff im Münchener Hitlerprozeß geschrieben:

Da steht hinter dem Tischchen der Mann, der zwei Jahre hindurch eine unermeßlich und dann noch zwei Jahre eine übermenschlich große Verantwortung trug. Denn das Schicksal Deutschlands lastete auf seinen Schultern. Eine Verantwortung von solcher Größe ändert auch den reifen Mann, gibt seinem Leben neue Pfade. Man mag zu Ludendorffs politischen Ansichten und Absichten stehen wie man will, — eines muß jeder, ob Freund ob Gegner, in diesem Trauerspiel Ludendorff beklagen: Hier geht einer der stärksten Willensmenschen für sich allein dahin, fast außerhalb des Staates, dem er doch seinen Lebensdienst gewidmet hat, geht dahin letzten Endes doch ohne Nutzen für die Gesamtheit des Volkes. Hunderttausende, Millionen Deutscher erblicken in ihm den Heros, die Verkörperung echten deutschen Geistes, deutscher Zukunft; Hunderttausende, Millionen Deutscher schmähen, ja hassen ihn. Aber man kann den Gedanken nicht unterdrücken, daß es besser bestellt sein würde, wenn derartiges Wollen und Können nicht für kleine Kreise, sondern für die Gesamtheit an dem für ihn geeigneten Platz verwendet würde.

An dem für ihn geeigneten Platz, — denn seine Aussage, die 3½ Stunden währte, umzirkelt sein Können, offenbart damit aber auch seine Schwächen. Man glaubt es ihm, wenn er sagt: „Mein Herz ist jung, es ist beseelt von glühender Sehnsucht für die Freiheit meines Volkes und der Liebe zum Volk." Aber gerade dieses Vulkanische in ihm macht ihn zum feurigen Hasser, zum feurigen Fanatiker. Alles, was er als undeutsch betrachtet und bezeichnet, bekämpft er in diesem vulkanisch-feurigen Haß, der ihn zu einer kühlen Beurteilung, zum Wägen der Worte, kurz zum politischen Kalkül unfähig macht. Darin liegt eine Größe, — als Mensch; darin liegt aber auch die Unmöglichkeit für ihn, politisch zu denken, nämlich den nüchternen Blick zu haben für die politisch-psychologischen Vorbedingungen bei der Erreichung der politischen Ziele, die er sich gesetzt hat.

Deutschland ist zerschlagen; es wieder aufzurichten ist Ludendorffs Ziel, und er bekämpft deswegen alles, was nach seiner Ansicht an dieses deutsche Volk und dieses Deutsche Reich rührt. Aus diesem Gedanken heraus kommt er zum Worte vom „rassischen Antisemitismus", vor allem zu seinen breiten Ausführungen über das, was er als „ultramontane Frage" bezeichnet. Er versteht darunter aber lediglich die Politik des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei. Also ist von ihm diese Bezeichnung von vornherein unglücklich gewählt, weil man mit ihm einen ganz anderen Begriff verbindet; Ludendorff wendet sich allerdings sofort dagegen, ihm nachzusagen, er wolle etwa den Kulturkampf predigen; denn die gefallenen katholischen Soldaten hätten, wie wir alle, das Großdeutschland ersehnt.

Sehr interessante Mitteilungen macht nun Ludendorff über die bayerischen Abtrennungsbestrebungen aus den Jahren 1918/19. Aber — und das unterscheidet ihn von allen anderen, die bisher sprachen —: „Ich stehe hier nicht als Ankläger, sondern als Mann der zeugen will, welche Anschauungen mich veranlaßt haben, in das Unternehmen einzutreten. Er spricht über die Rolle, die der darob schon viel genannte Dr. Heim, vor allem der schon längst politisch tote Graf Bothmer über eine vorübergehende Trennung Bayerns vom Reich und über einen bundesweisen Anschluß des Rheinlandes auf der einen, Österreichs auf der anderen Seite geschworen haben. Die dunklen Gerüchte einer Donau-Konföderation tauchen auf, der Gedanke eines föderalistischen Deutschlands, und Ludendorff glaubt, daß hier „katholisch-kirchliche" Einflüsse mitspielten. Dagegen wendet sich Ludendorff, wie er wieder hervorhebt, nicht als Großpreuße sondern als Deutscher, der ein starkes Deutschland haben will, wie einst unter Bismarck. Die völkische Bewegung betrachtete er als Mittel, unser Volk widerstandsfähig gegen alle Einflüsse von außen her zu machen. Darum schloß er sich dieser Bewegung an, darum begrüßte er den Widerstand Kahrs und Lossows gegen Berlin als den Anfang der Besserung. Es war Hochverrat, sagte Ludendorff, was diese beiden getrieben hatten, und der mußte zur Tat drängen, weil er sonst zur Lächerlichkeit wurde.

Ludendorff ging dann auf die Einzelheiten, wenn man will, auf die Vorbereitungen ein, die immer im Einverständnis mit jenen beiden Männern erfolgten. Er spricht von der „Angora-Regierung" in München, die Deutschland erobern sollte, wie Kemal Pascha von Angora her die Türkei sich und seinem Volk wiedererobert hat. Verbindungen mit dem Norden werden angeknüpft. Aber die Ausführung des Ganzen — das geht aus allen bisherigen Äußerungen der Angeklagten hervor — war nicht Ludendorffs Werk, sondern man hat im Bürgerbräukeller losgeschlagen und ihn erst dann geholt. Der General schildert darauf die bekannten Vorgänge dort im Nebenzimmer des Saales und unterstreicht aufs schärfste, daß bei den Entschlüssen Kahrs, Lossows und Seißers nicht der geringste Druck, nicht die geringste Waffengewalt angewendet wurde. „Ich habe gedacht, es mit deutschen Männern zu tun gehabt zu haben, die ihr deutsches Wort und ihren deutschen Handschlag gaben. Hätten die Herren Nein gesagt, dann hätte ich ihnen geantwortet: „Gut, dann eben nicht!"

Und dann schildert er die allmählich heraufdämmernde, ihm furchtbare Erkenntnis, daß jene drei nicht zu dem standen, was er angenommen hatte. Ludendorff wollte es nicht glauben, selbst dann, als man ihm mitteilte, Lossow ziehe Truppen gegen die Putschisten zusammen. Er hat noch versucht, mit Lossow eine Unterredung zu haben, und will schließlich an der Spitze seiner Anhänger die Situation in München gegen die von Kahr und Lossow her drohende Gegenaktion retten. Dabei ist er in die Gewehre und Maschinengewehre der Truppen Kahrs und Lossows hineinmarschiert, die auf den Zug schossen und damit dem ganzen Versuch, die Dinge von Bayern her ins Rollen zu bringen, ein Ende gemacht haben.

Das ist in großen Zügen das, was Ludendorff sagte, nicht als Rechtfertigungsrede, sondern weil er den Richtern und dem deutschen Volke sagen wollte, warum er sich dieser Bewegung anschloß, warum er, der Militär, sich zum politischen Tun zwang. Es liegt eine tiefe Tragik über diesen Verhandlungen. Gewiß mag bei einzelnen von denen, die Führer in all diesen Organisationen und Verbänden sind, politischer Ehrgeiz mitspielen, aber im großen und ganzen — das muß der objektiv denkende Zuhörer zugeben — steckt doch eine gewaltige Dosis von Idealismus, vielleicht Fanatismus in all diesen Männern, über die hier geurteilt werden soll, mag man die Ziele dieses Idealismus und dieses Fanatismus, mag man die Mittel, die sie anwandten, als richtig oder falsch bezeichnen. Und was mit all ihren Fehlern und Schwächen, mit der doch immer wieder hervortretenden politischen Kurzsichtigkeit, der falschen Einschätzung dessen, was politisch möglich ist, doch wenigstens in etwas versöhnt, das ist, daß sie alle zu ihren Taten stehen. Und ein derartiger Mut ist selten geworden in Deutschland.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Regimentsfeiern wieder zugelassen.

Der Reichspräsident hat verschiedene noch in Kraft befindliche Verordnungen, die auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung erlassen worden waren, aufgehoben. Es handelt sich um die Verbote von Regimentsfeiern und ähnlichen Veranstaltungen, um Beschränkungen der persönlichen Freiheit in Schlesien und um die Verbote periodischer Druckschriften.

Deutsch-österreichische Handelsbeziehungen.

Der österreichische Handelsminister trifft am 5. März in Berlin ein, um die österreichischen Handelsbeziehungen weiter auszugestalten und besonders mit den deutschen Regierungsstellen und den Führern der deutschen Wirtschaftskreise behufs Vorbereitung der Handelsvertragsverhandlungen Fühlung zu nehmen.

Abmarsch der Reichswehr aus Thüringen.

Mit dem 1. März treten alle Anordnungen usw. des Militärbefehlshabers in Thüringen und seiner nachgeordneten Dienststellen außer Kraft. Der Stab des Militärbefehlshabers in Thüringen wird in seinen Standort zurückkehren. Ein Bataillon des Infanterieregiments Nr. 15 wird vorläufig in Weimar bleiben.

Die Freigabe der verbotenen Parteien.

Der preußische Minister des Innern erläßt an die preußischen Behörden eine Verfügung, die auf Grund der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes die Verbote der Kommunistischen Partei und der Deutschvölkischen Freiheitspartei aufhebt. Dagegen werden aufrechterhalten die Verbote der „Proletarischen Hundertschaften, des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte, des Zentralausschusses der Berliner Betriebsräte, sowie der als militärisch aufzufassenden deutschvölkischen Kampforganisationen und Hundertschaften.

Regierungsbildung in Oldenburg.

Nach langen Verhandlungen haben sich die politischen Parteien in Oldenburg über die Bildung einer parlamentarischen Regierung geeinigt. Das augenblickliche Beamtenministerium dürfte in kurzer Zeit durch ein politisches Ministerium ersetzt werden. Das Zentrum erhält den Vorsitz, Finanzen und Landwirtschaft, die Sozialdemokraten Verkehr und soziale Fürsorge, die Deutsche Volkspartei Kultus, Justiz, Handel und Äußeres, die Demokraten Verwaltung, Polizei, Handwerk und Tiefbau.

Deutschvölkische und Deutschnationale.

Der Reichsvertretertag der „Deutschvölkischen Freiheitsbewegung" sprach sich in Berlin gegen jede Verwässerung des deutschvölkischen Gedankens durch Zusammengehen „mit sogenannten völkischen Deutschnationalen, den Vaterländischen Verbänden und ähnlichen Gebilden", insbesondere bei den kommenden Reichs-, Landtags- und Gemeindewahlen aus. Die Reichsvertretertagung erkennt nur deutschvölkische Listen an, die von der Führung v. Graefes und der Münchener Führung Hitlers anerkannt sind.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der zum außerordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Minister in Brüssel ernannte bisherige deutsche Gesandte in Belgrad, Dr. von Keller, begab sich auf seinen neuen Posten.

Detmold. Ein von Deutschnationalen und Volksparteilern gestellter Antrag, den lippeschen Landtag aufzulösen, wurde abgelehnt, da er nur von den Kommunisten unterstützt wurde.

Prag. Im Prager Kriegsministerium wurde eine Anzahl von Offizieren plötzlich verhaftet. Einzelheiten über den aufsehenerregenden Vorfall werden vorläufig geheimgehalten.

Moskau. Die 1901 geborenen und teilweise auch die 1900 geborenen Mannschaften der Roten Armee sind demobilisiert worden.

Monopole in Deutschland?

Erträge für Reparationen.

Der erste Sachverständigenausschuß hat die italienisch-französischen Spezialisten in der Monopolfrage angehört. Im Anschluß an ihre Darlegungen erfolgte ein großer Meinungsaustausch zwischen den Mitgliedern des ersten Sachverständigenausschusses. Bei Ausgang der Sitzung erklärte man, daß die Untersuchung über die Monopolfrage abgeschlossen sei.

In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die Sachverständigen einstimmig für die Schaffung der verschiedenen Monopole auf Tabak, Zucker usw. sich entschieden haben. Der Ertrag dieser Monopole soll direkt der Reparationskasse zugeführt werden.

Es heißt, daß der Bericht der Spezialisten dem allgemeinen Bericht des Ausschusses anläßlich seiner Übergabe an die Reparationskommission hinzugefügt werden soll.

Weniger Abgeordnete in Preußen.

Abbau auch im Staatsrat.

Mit Rücksicht besonders auf die Finanzlage ist die preußische Regierung zu dem Entschluß gekommen, die Herabsetzung der Abgeordnetenzahl im Landtage von 421 auf 210 vorzuschlagen und hat einen Gesetzentwurf dazu ausgearbeitet, der zurzeit dem Staatsrat vorliegt.

In der Begründung des Entwurfs wird gesagt, daß eine Verringerung der Zahl der Landtagsabgeordneten nicht nur aus Ersparnisgründen, sondern auch insofern erwünscht erscheint, als sie eine Zusammenfassung der Kräfte des Parlaments und damit in mancher Hinsicht günstigere Bedingungen für die Erfüllung seiner Aufgaben schaffen wird. Es soll in Zukunft nicht mehr, wie bisher, auf 40 000, sondern auf 80 000 Stimmen ein Abgeordnetensitz entfallen; die erforderliche Abänderung des Landeswahlgesetzs sieht der neue Gesetzentwurf vor. Ferner wird vorgeschlagen, in gleicher Weise auch mit dem Staatsrat zu verfahren. Es wird eine Verminderung der Staatsratssitze von 77 auf 38 vorgesehen. Anstatt wie bisher auf 500 000, soll künftig erst auf eine Million Einwohner einer Provinz ein Vertreter entfallen. Dementsprechend wird erst auf einen Rest von mehr als 500 000 Einwohnern, statt wie bisher 250 000, ein weiterer Vertreter zugeteilt.

Seeckts Dank an die Reichswehr.

Herausnahme aus der Politik.

Der Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, erließ einen Befehl an die Reichswehr, in dem er bei Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes allen Angehörigen der Reichswehr Dank und Anerkennung für ihre pflichttreue, sachkundige und unermüdliche Tätigkeit ausspricht. Wenn das Deutsche Reich diesen Winter überstanden habe, ohne sich im Bürgerkrieg zu verbluten und ohne im wirtschaftlichen und sozialen Elend zu versinken, so verdanke es das dem selbstlosen Wirken seiner Wehrmacht.

General von Seeckt sagt weiter, die Reichsautorität sei in einem Maße wiederhergestellt. Dies und die Sorge, die scharfe Waffe des militärischen Ausnahmezustandes nicht stumpf werden zu lassen, habe ihn veranlaßt, dessen Aufhebung zu beantragen. Der Reichswehr werde das jetzige Herausnehmen aus der Politik und die ausschließliche Beschäftigung mit militärischen Aufgaben in der nächsten Zeit besonders gut tun. Der General bittet die Kommandeure, in diesem Sinne an der Festigung der Truppe zu arbeiten, damit die Reichswehr das überparteiliche, nur dem Vaterlande dienende scharfe Instrument bleibt, als das sie sich in den letzten Monaten glänzend bewährt hat.

Deutschenhetze in Polen.

Schwere Mißhandlungen.

Der Aufruf des polnischen Bundes der Aufständischen wegen der Verhaftung von 70 zu einer Insurgentenorganisation gehörenden Polen in Gleiwitz hat die Wirkung gehabt, daß deutsche Reisende, die sich auf der Fahrt von Hindenburg nach Kattowitz befanden, von polnischen Banditen im Zuge belästigt und mißhandelt wurden. Auch

dienstuende deutsche Eisenbahner entgingen diesen Mißhandlungen nicht, die die polnische Polizei nicht verhinderte.

Feststellungen bei Grenzbeamten haben ergeben, daß etwa 20 Deutsche über die Grenze gekommen sind, die in Polnisch-Oberschlesien überfallen und mißhandelt worden waren.

Beschaffung von Arbeitsgelegenheit.

Berlin, 2. März.

Im Reichsarbeitsministerium hat eine Besprechung mit namhaften Vertretern von Industrie und Landwirtschaft über die produktive Ausgestaltung der Erwerbslosenfürsorge stattgefunden. Es herrschte Einmütigkeit darüber, daß die große Arbeitslosigkeit nur unter weitgehender Mitwirkung der Wirtschaftsstände bekämpft werden kann. Für die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit erscheinen bestimmte Arbeitspläne der deutschen Landwirtschaft von besonderer Bedeutung (Meliorationen und Kultivierungen). Besonders von landwirtschaftlicher Seite wurde die Dringlichkeit dieser Aufgabe betont und die Bereitwilligkeit zu kräftiger Mitarbeit ausgesprochen. Auch von industrieller Seite darf eine wesentliche Förderung dieser Pläne, die eine Vermehrung der Nahrungsmittelerzeugung und der innerdeutschen Kaufkraft herbeizuführen geeignet sind, erwartet werden.

Das Reichsarbeitsministerium wird diese Pläne mit Nachdruck verfolgen, da ihre Verwirklichung nicht nur den Interessen der erwerbslosen Arbeitnehmer, insbesondere den Jugendlichen unter ihnen dient, sondern dem gesamten deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft zugute kommt.

Große Kundgebung für die Pfalz.

Mannheim, 2. März.

Hier fand gestern im Rahmen eines Pressetages eine machtvolle Kundgebung für die Pfalz statt. An der Kundgebung nahmen der Reichspräsident Ebert, Reichswirtschaftsminister Hamm, der Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Höfle, der badische Ministerpräsident Dr. Köhler mit mehreren anderen badischen Ministern, der bayerische Ministerpräsident Dr. von Knilling und andere bayerische Minister, die Behörden der Stadt Mannheim, zahlreiche Vertreter der Parlamente und andere hervorragende Persönlichkeiten teil.

Nachdem die Reihe der offiziellen Ansprachen mit einer Begrüßungsrede des Chefredakteurs Scheel eröffnet worden war, ergriff der

Reichspräsident Ebert

das Wort zu längeren Ausführungen, in denen er der bedrängten Deutschen in der Pfalz und am Rhein gedachte. „Die Pfalz," sagte er, „ist deutsch, kerndeutsch und wird es bleiben! Das schwere Schicksal hat dieses Land und die Herzen seiner Bewohner nur noch fester und unlösbarer mit dem deutschen Vaterland verankert. Was wir in den letzten Wochen in der Pfalz erlebt haben, das hat der Welt gezeigt, daß deutsche Treue kein leeres Wort ist. Diese deutsche Treue wird auch weiterhin die Probe bestehen und allen Gewalten zum Trotz uns dem hellen Morgen der Freiheit entgegenführen. Die deutsche Regierung wird alles tun, um der Welt zu zeigen, daß es sich in der Pfalz nicht um eine Loslösungsbewegung der Bevölkerung handelt, sondern um den Versuch, mit unlauteren Subjekten einen deutschen Volksstamm gegen seinen Willen in Gegensatz zu seiner Heimat und dem Volksganzen zu bringen. Solange das deutsche Volk lebt und atmet, wird es ausharren im Kampf um den deutschen Rhein! Bestehen werden wir in diesem Kampf aber nur, wenn wir in Opfermut und Opferwillen in allen großen Fragen unseres Volkes in Gemeinschaft und Treue zusammenhalten."

Nach dem Reichspräsidenten sprach der bayerische Ministerpräsident v. Knilling. Als „Dolmetscher des ganzen Bayernlandes" erklärte er, daß Bayern stolz sei auf seine pfälzischen Landsleute. Er rühmte dann die bewundernswerte Haltung der pfälzischen Presse, die bewiesen habe, daß die moderne Journalistik im öffentlichen Leben der Gegenwart eine wichtige Rolle spiele.

Reichsminister Dr. Höfle wies in seiner Rede auf den am 17. Februar veranstalteten Pfalztag hin und betonte, daß nicht zuletzt an Rhein und Ruhr das Schicksal Deutschlands entschieden werde. Wir sollten nie vergessen, daß noch immer 140 000 Deutsche ausgewiesen sind, noch immer 1500 Deutsche in französischen und belgischen Gefängnissen schmachten!

Es folgten dann noch Ansprachen von Vertretern der Stadt Mannheim und der Pfälzer Bürgerschaft, worauf die Kundgebung ihr Ende fand. Der Reichspräsident und die Minister trugen sich in das Goldene Buch der Stadt Mannheim ein.

Prozeß Hitler u. Gen.

(Fünfter Tag.) s. München, 1. März.

Am heutigen fünften Verhandlungstage trat das Gericht, nachdem es über die Ladung einiger neuer Zeugen Beschluß gefaßt hatte, in die

Vernehmung des Hauptmanns a. D. Röhm

ein. Der Angeklagte sagte aus, er habe den ganzen Feldzug mitgemacht und sei auch an den Unternehmungen gegen die aufständischen Kommunisten im Ruhrgebiet beteiligt gewesen. Er erachte sich auch heute noch an den Eid gebunden, den er seinem königlichen Herrn geleistet habe. Röhm erzählte sodann von seiner Tätigkeit bei der Brigade in Ingolstadt, von seinen erfolgreichen Kämpfen gegen den Soldatenrat und seiner Beteiligung an der Befreiung Münchens von der Räteherrschaft. Danach habe er bei General von Epp Dienst getan. Dadurch sei er mit der vaterländischen Bewegung in Verbindung gekommen. In der Einwohnerwehr habe er besonders mit Oberstleutnant Kriebel zusammengearbeitet. Im Frühjahr 1923 habe er sich mit Hauptmann Heiß in Verbindung gesetzt, um in München eine Ortsgruppe der Reichsflagge zu gründen. Wegen seiner regen Teilnahme an der vaterländischen Bewegung sollte er im Sommer als Kompagniechef nach Bayreuth strafversetzt werden. Nachdem eine Beschwerde ohne Erfolg geblieben war, habe er den Abschied genommen, ihn aber auf eine persönliche Vorstellung Lossows hin zurückgenommen. Im Herbst habe er dann endgültig seinen Abschied eingereicht.

Der Angeklagte schildert dann die Ereignisse des 8. Novembers, wobei er bemerkt, daß er erst bei der Veranstaltung der Reichskriegsflagge im Löwenbräukeller Mitteilung von der Ausrufung der neuen Regierung erhalten habe. Daraufhin sei er mit dem Verbande vom Löwenbräukeller abmarschiert und zum Wehrkreiskommando gegangen. Die Verteidigung des Wehrkreiskommandos sei von ihm organisiert worden, als das Anrücken von Tanks gemeldet wurde. Die weiteren Schilderungen des Angeklagten beziehen sich auf die schließliche Kapitulation des Wehrkreiskommandos vor den Reichswehrtruppen. Er habe den Befehl ausgegeben, daß Reichswehrtruppen nicht beschossen werden dürften. Auf Befragen des Vorsitzenden führte der Angeklagte aus, er habe aus den Verhandlungen den Eindruck gewonnen, daß zwischen Hitler und Lossow vollständige Übereinstimmung bestehe.

Es entspinnt sich hierauf ein langes Frage- und Antwortspiel zwischen dem Ersten Staatsanwalt, der Verteidigung und dem Angeklagten. Dabei greift auch Hitler ein und erklärt, er habe die politische Leitung des Kampfbundes nur unter der Bedingung übernommen, daß, wenn einmal die grundsätzlichen Wege festgelegt worden wären, nicht in Teilbeschlüssen opponiert werden dürfe. Der Angeklagte Röhm stellt fest, daß die Abzugsbedingungen, wie sie für die Besatzung des Wehrkreiskommandos vereinbart worden waren, nicht erfüllt wurden. Man habe weder ihn noch die anderen ehrenvoll behandelt.

Nach der Vernehmung des Hauptmanns Röhm trat eine kurze Pause ein. Es wurde dann der

Oberleutnant Brückner vernommen.

Der Angeklagte schilderte zuerst kurz seine militärische Laufbahn und erzählte dann, wie er nach einer Rede des später ermordeten Ministerpräsidenten Eisner die „Novemberverbrecher" hassen gelernt habe. Er habe dann Hitler kennengelernt und sei zu der Überzeugung gelangt, daß man solche Männer wie Hitler und Schlageter in Deutschland braucht, wenn wieder reiner Tisch gemacht werden solle.

Von den Besprechungen und den entscheidenden Ereignissen am 8. und 9. November weiß Oberleutnant Brückner nicht viel zu sagen. Er habe nur gehört, daß Kahr, Lossow und Seißer nach Berlin marschieren wollten. Er habe den Befehl erhalten, sich mit seinen Leuten bei der Versammlung im Löwenbräu einzufinden, und das habe er getan. Auf seinen Befehl hätten seine Leute Handfeuerwaffen mitgenommen. Als Brückner von dem neuen Reichsadler als von einem „Pleitegeier" spricht, wird er vom Vorsitzenden erinnert, sich anderer Ausdrücke zu bedienen.

Ein kurzes Kreuzverhör, das sich an die Aussage dieses Angeklagten knüpfte, erbrachte nichts Wesentliches, und die Verhandlung wurde schon um 12 Uhr geschlossen und auf Montag vertagt.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 4. März 1924.

☛ Infolge der äußerst langsamen Postbeförderung sind unsere Beilagen-Pakete bis heute noch nicht eingetroffen, obschon solche bereits am 20. Febr. zum Versand gekommen sind. Unsere Leserinnen und Leser müssen sich daher noch einige Zeit gedulden, sobald die Beilagen eintreffen, werden wir sie beilegen. **Die Schriftleitung.**

—* Vom Handwerks- und Gewerbeamt Lüdenscheid wird uns geschrieben: Krankheit und Tod verschlingen riesige Summen. Eine einzige Krankeit eines Familienmitgliedes oder des Famlienoberhauptes selbst kann die Existenz der Familie untergraben und die gesamte Familie der Not und dem Elend preisgeben. Schutz und Hilfe bietet hier die Krankenversicherung. Einem vielseitigen Wunsche entsprechend wird beabsichtigt, Krankenversicherung und Krankenkasse für selbstständige Handwerker und Gewerbetreibende, Kaufleute und Wirte der seit 1908 in Dortmund bestehenden Westdeutschen Versicherungsanstalt anzugliedern. Die genannte Versicherungsanstalt hat einen Mitgliederbestand von 28 000 Personen. Bei geringen Beiträgen wird ausreichende Hilfe gewährt und zwar: 1. Freie Aerztewahl, 2. Behandlung als Privatpatient, 3. Freie vollständige Arznei in jeder Höhe, 4. Hohe Erstattungssätze für Arzt-Heilmittel, Operations- und Zahnbehandlungskosten, 5. Freie Krankenhauspflege, 6. Ausreichendes Sterbegeld. Der beste Beweis dafür, daß für die Angliederung an die genannte Versicherung großes Interesse besteht, ist, daß bereits 459 Personen als Mitglied aufgenommen sind. Nähere Aufklärung über die beabsichtigte Angliederung und Voranmeldungen erteilt das Handwerks- und Gewerbeamt Lüdenscheid, Sauerfelderstraße 21. Daselbst werden auch Voranmeldungen entgegengenommen.

—* **Eintragung von Rechten in das Wasserbuch.** Nach § 380 des preuß. Wassergesetzes vom 7. April 1913 erlischt ein Recht auf Benutzung eines Wasserlaufes mit Ablauf von 10 Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes, wenn nicht vorher seine Eintragung in das Wasserbuch beantragt ist. Die Frist zur Eintragung dieser Rechte wäre demnach am 30. April 1924 abgelaufen. Mit Rücksicht darauf, daß zahlreiche Berechtigte, Triebwerksbesitzer, Industrien verschiedener Art, Mühlen, Wassergenossenschaften, Flößberechtigte usw. über die betreffenden gesetzlichen Bestimmungen im Unklaren waren und sich außerstande erklärt hatten, in der och verbleibenden kurzen Frist, die für die Eintragungrforderlichen Unterlgen anzufertigen, ist durch preuß. Verordnung vom 16 Febr. d. J. die Eintragungsfrist um 5 Jahre verlängert worden. Es empfiehlt sich jedoch, da mit einer weiteren Verlängerung keinesfalls zu rechnen ist, mit der Beschaffung der für die Eintragung erforderlichen Unterlagen nicht bis zum letzten Augenblick zu warten, sondern diese nach Möglichkeit schon in den nächsten Jahren der Wasserbuchbehörde zur Eintragung in das Wasserbuch einzureichen.

+ **Halver,** 3. März. Die Gewerbliche Mittelstandsvereinigung für den Amtsbezirk Halver hat ihren Anschluß an das Handwerks nnd Gewerbeamt Lüdenscheid vollzogen. Folgende Vorteile für die der Vereinigung angeschlossenen Mitglieder sind damit verbunden: Das Handwerks- und Gewerbeamt hat die volle Rechts- und Steuerberatung übernommen, verbunden mit der Vertretung vor dem Gericht, den Behörden und dem Finanzamt. Das Amt in Lüdenscheid steht den Mitgliedern an Wochentagen von 8—½1 Uhr und 2—7 Uhr zur mündlichen Auskunft zur Verfügung. — Ab 1. April wird der Name in „Mittelstandshaus für die Kreise Altena und Lüdenscheid" umgeändert. Allen, die bisher der hiesigen Mittelstandsvereinigung noch nicht angehörigen Handwerker und Gewerbetreibenden kann nur in ihrem eigenen Interesse empfohlen werden, sich baldigst derselben anzuschließen, damit sie ebenfalls in den Genuß der oben genannten Vergünstigungen kommen.

+ **Schalksmühle,** 28. Febr. Die Gewerbliche Mittelstandsvereinigung, Ortsgruppe Schalksmühle, hielt heute im Hotel Müller die erste diesjährige Generalversammlung ab. Nach Erstattung des Jahresbericht-

„Tote, die leben"

Roman von A. Hottner-Grefe.

26) Nachdruck verboten.

Frau Mirbach saß in einem Lehnstuhl und blickte schmerzlich, aber tränenlos vor sich hin. Beim Eintritt der Geschwister streckte sie ihnen beide Hände entgegen. Hella kniete vor ihr nieder und streichelte sanft über ihre Wangen, während ihr Bruder sich zärtlich über sie beugte.

„Fasse Mut, liebe Tante!" sagte er beruhigend. „Hedwig ist unschuldig. Das glauben wir alle. Wir halten fest zu ihr und so Gott hilft, werden wir auch auf den Grund dieses Geheimnisses kommen und unsere Hedwig soll wieder rein und fleckenlos dastehen vor allen, die sie kennen. Wir haben es uns gelobt, nicht zu ruhen, bis ihre Unschuld klar erwiesen ist."

„Und dazu wirst auch du uns beistehen, nicht wahr?" sagte nun auch Hella. Sie war aufgestanden und trat ein wenig abseits neben Richter. „Du bist doch meines Bruders Freund und weißt es, wie es um ihn und Hedwig steht. Du hast es ja selbst gehört, wie die tiefe Neigung sich verriet, welche diese beide Herzen aneinander bindet."

„Das gelobe ich fest und feierlich", antwortete der junge Polizeibeamte; „um Rolfs willen und auch um deinetwillen, Hella. Es ist nicht der Augenblick, von Gefühlen zu sprechen. Aber treu zusammenstehen wollen wir und gemeinsam arbeiten an der Aufgabe, ein wahrscheinlich unschuldiges Wesen zu retten aus der Verkettung unglückseliger Zufälle. Und seit heute habe ich eine leise Hoffnung, daß dies gelingen wird. Der Untersuchungsrichter hat der ganzen Sache eine neue Seite abgewonnen und er scheint selbst von Hedwigs Schuld durchaus nicht überzeugt."

„Auch ich habe verschiedenes Neue zu berichten und halte es für das beste, wenn wir nun alle in Tante Mirbachs Gegenwart unsere Beobachtungen und Eindrücke austauschen. Vielleicht kann auch sie uns manches mitteilen, das auf das Verhalten Hedwigs in der verhängnisvollen Nacht ein neues Licht wirft."

„Ich werde euch kaum etwas Besonderes berichten können", sagte dann Frau Agnes Mirbach mühsam. „Weiß ich doch selbst nicht, wie alles kam. Wir beide, Hedwig und ich, beratschlagten, als der letzte anonyme Brief kam, infolgedessen sie ihre Stelle verlor, was nun zu tun sei. Da sich nun die günstige Gelegenheit bot, das Geschäft zu kaufen, so kamen wir überein, meinen Schwager zu bitten, ihr das Geld zum Ankaufe vorzustrecken. Wußten wir doch, daß er Hedwig schätzte. Auch war er uns sonst mehrmals in dringenden Fällen zu Hilfe gekommen. Hedwig hoffte zwar darauf, daß er ihr diese Bitte nicht abschlagen werde, aber mit Bestimmtheit rechnete sie nicht auf die Erfüllung. Kannte sie doch die Schwierigkeiten, unter denen Werner Irwein litt und wußte, daß die Eingänge der Gutserträgnisse nicht immer sicher seien."

„Was gedachte aber Hedwig zu tun, im Falle Vater ihr das Geld nicht geben konnte?" fiel Hella ein.

„Wir haben auch darüber gesprochen", antwortete Frau Mirbach, „natürlich wäre ihr der Besitz eines Geschäftes lieber gewesen, weil sie dann von solchen Anfeindungen, wie die letzte, unabhängig war. Aber wenn ihr auch mein Schwager das Geld nicht geben konnte oder wollte, so brauchte ihr um eine neue Stellung nicht bange zu sein. Der Besitzer der Fabrik, die hier im Hause ist, hätte sie schon lange gern in seinem Kontor beschäftigt und sie hatte sich bisher nur deshalb bedacht, weil sie fürchtete, daß durch einen neuen anonymen Brief nicht bloß sie, sondern auch ich die Stelle verlieren könnte, die ich hier einnehme."

„Damit fiele nun wieder ein Verdachtsgrund gegen sie weg", sagte Dr. Richter nachdenklich. „Niemand, der Hedwig kennt, kann sie einer solchen Tat im Zustand kühler Ueberlegung für fähig halten. Wenn sie aber schon selbst an die Möglichkeit einer Abweisung dachte, fällt auch die Annahme einer plötzlichen hochgradigen Aufregung fort. Hierzu kommen nun die ungelösten Fragen, die in der Voruntersuchung berührt wurden. Wie kam Herr Irwein, der doch von Hedwigs Schreiben nichts wußte, in das Jägerhaus? Wo war Pfiff, der Hund? Wer schrieb die anonymen Briefe? Dies alles ist rätselhaft und ungeklärt."

„Meines Vaters Anwesenheit hängt vielleicht mit den Beobachtungen zusammen, die ich und Förster Weinhart gemacht haben", fuhr der junge Irwein fort. Und nun berichtete er umständlich von ihren Entdeckungen. Von der angebrochenen Kognakflasche, dem halb herabgebrannten Lichte, von dem nur angelehnten Fensterladen, von der gebrochenen Efeuranke und den Abschürfungen an der äußeren Wand.

„Dies alles beweist doch", schloß er, nachdem er seine ausführliche Erzählung beendet hatte, „daß noch jemand sich in dem Hause aufhielt, und zwar gerade in der Zeit, als Vater dort war. Es kann nicht Hedwig gewesen sein, denn Vater räumte ihr doch ein Zimmer im Hause zum Uebernachten ein und aus welchem Grunde hätte er sie auch ins Gartenhaus verbannen sollen? Außerdem trinkt ein Mädchen doch nicht aus einer Kognakflasche und Vetteret nicht durch ein Fenster, wie es der Unbekannte tat. Nein! Diese Person war ein Mann und sicher ist dieser die Ursache oder steht wenigstens im Zusammenhang mit dem nächtlichen Besuche meines Vaters."

„Und seinetwegen", fügte Hella aufgeregt hinzu, „war wohl auch Pfiff eingesperrt; sonst hätte der wachsame Hund den durchs Fenster steigenden Mann zerrissen."

„Nur Gelassenheit und Ueberlegung", beruhigte der junge Polizeibeamte die ein wenig erregten Gemüter. „Alle diese Schlüsse können ja wahr sein, aber Beweise hierfür haben wir hierfür noch nicht. Ich zweifle gar nicht, daß Rolf richtig beobachtet hat und auf Förster Weinharts Augen darf man sich wohl auch verlassen. Aber trotzdem wissen wir noch nicht mehr, als daß vermutlich noch eine Person im Jägerhause war, als die Tat geschah. In welcher Beziehung sie aber zu dieser und zu Werner Irwein stand, ist noch wie vor in Dunkel gehüllt. Dieses müssen wir zu lüften trachten."

„Wer kann es nur gewesen sein?" sagte Rolf gedankenvoll. „Vater hatte doch fast keinen Verkehr? Mit wem konnte er auf so geheimnisvolle Art zusammenkommen und aus welchem Grunde?"

„Ob hier nicht wieder dieser Schuft, der Mahr, dahinter steckt", sagte Frau Agnes Mirbach von ihrem Lehnstuhl aus; „sahen Sie denn keine Fußspuren? Mahr hinkt ein wenig und seine Tritte müßten ja leicht zu erkennen gewesen sein?"

„Fußspuren waren keine zu erkennen; weder ich, noch Förster Weinhart konnten solche unterscheiden. Regen und Wind werden sie wohl unkenntlich gemacht haben, wenn wirklich welche vorhanden waren. Wie kommst du übrigens auf Mahr, Tante? Was soll er mit der Sache zu tun haben?"

„Er war immer der böse Geist unserer Familie", antwortete Frau Agnes Mirbach seufzend; „wo uns Unheil drohte, da war Hugo Mahr. Ich habe auch das bestimmte Gefühl, daß er es war, der jene anonymen Briefe schrieb, durch welche Hedwig immer ihre Stellungen verlor."

(Fortsetzung folgt.)

des verstorbenen Landbundführers Dr. Roesicke statt. Am Grabe sprachen Freiherr von Wangenheim, Graf Westarp und im Auftrag der Reichsregierung der Reichsernährungsminister Graf Kanitz.

Zeigner vor dem Strafrichter.

Leipzig, 2. März. Am 14. März wird sich der frühere sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner vor der 6. Strafkammer des Landgerichts Leipzig wegen fünf verschiedener Fälle von Unregelmäßigkeiten zu verantworten haben.

Das Urteil im Wiener Skandalprozeß.

Wien, 2. März. In dem Prozeß gegen die wegen sadistischer Kindermißhandlungen angeklagte Sprachlehrerin Ida Kadinetz erhielt die Hauptangeklagte sechs Jahre schweren Kerker. Drei Mitangeklagte, darunter eine Frau, wurden bei zweijähriger Bewährungsfrist zu 6—8 Monaten Arrest verurteilt.

Neuer Briefwechsel Poincaré-Macdonald.

Paris, 2. März. Halbamtlich wird mitgeteilt, daß in den letzten Tagen zwischen Poincaré und Ramsay Macdonald ein neuer Briefwechsel über die Fragen der äußeren Politik stattgefunden habe. Der französische und der englische Ministerpräsident hätten in ihren Briefen sich für die innigere Gestaltung der Entente und für eine Politik, deren Ziel die Stärkung des Völkerbundes sei, ausgesprochen.

Dr. Schacht in Paris.

Paris, 2. März. Amtlich wird mitgeteilt, daß der Reichsbankpräsident Dr. Schacht morgen vormittag vor dem Ausschuß Dawes über die Goldnotenbank gehört werden wird.

Edison zieht sich zurück.

Newyork, 2. März. Der Erfinder Thomas Alva Edison, der vor kurzem seinen 76. Geburtstag gefeiert hat, zieht sich von der geschäftlichen Seite seiner bisherigen Tätigkeit zurück. An die Spitze der Finanzgeschäfte von 33 industriellen Gesellschaften wird sein Sohn treten.

Arbeiter und Angestellte.

Wien. (Der Bankbeamtenstreik.) Die Verhandlungen, die seit elf Tagen zwischen dem Bankenverband und den Bankbeamten stattfinden, wurden ergebnislos abgebrochen. Die Beamtenorganisationen werden daher eine Verschärfung des Streikes eintreten lassen.

Kiel. (Der Werftkonflikt.) Die Deutschen Werke, Werft Kiel (ehemalige Reichswerft), hat ihren Betrieb geschlossen. Der Betrieb beschäftigt rund 3500 Arbeiter. Es sind also jetzt 13 000 Arbeiter in Kiel infolge des Konflikts brotlos.

Wien. (Drohender Generalstreik.) In dem Bankangestelltenstreik haben die Banken beschlossen, den Beamten für März kein Gehalt auszuzahlen, weil der Kollektivvertrag verletzt wurde. Erst nach Wiederherstellung des vertraglichen Zustandes sollen die Gehälter ausgezahlt werden. Inzwischen hat eine Konferenz der Vorstände der Gewerkschaften Österreichs beschlossen, den Kampf der Bankangestellten mit allen zweckdienlichen Mitteln zu unterstützen und unter Umständen den Generalstreik auszurufen.

Börse und Handel.

Im allgemeinen unveränderte Kurse.

* Berlin, 1. März.

Das Geschäft am Devisenmarkt vollzog sich sehr ruhig. Die Anforderungen haben sich nicht vermindert, und demgemäß konnten die Zuteilungen auch nicht erhöht werden. Die Kurse blieben unter Berücksichtigung der heute in Kraft getretenen neuen Notierungsart unverändert. Im Effektenverkehr wurden nur sehr wenig Kurse genannt. Deutsche Schutzgebietsanleihe 4 bis 4⅛. Für Elektrische Hochbahn gab sich gute Meinung kund. Der Kurs wurde anfangs mit 51 und später mit 53½ genannt. Hamburger Hochbahn 19½, Oberschlesische Koks 68. Von Banken war Diskontogesellschaft mit 18,1 genannt.

Die Millionen Mk. **Was kosten fremde Werte?** Ohne Gewähr

Börsenplätze	1. 3. gesucht	1. 3. angeb.	29. 2. gesucht	29. 2. angeb.
Holland 1 Guld.	1 566 100	1 573 900	1 566 075	1 573 925
Dänemark 1 Kr.	663 300	666 700	666 330	669 670
Schweden 1 Kr.	1 097 200	1 102 800	1 097 250	1 102 750
Norwegen 1 Kr.	558 600	561 400	554 610	557 390
Finnland Mark	105 700	106 300	105 735	106 265
Amerika 1 Doll.	4190000	4210000	4189500	4210500
England 1 Pfd.	18 054 000	18 145 000	18 054 750	18 145 250
Schweiz 1 Fr.	728 200	731 800	728 175	731 825
Frankreich 1 Fr.	176 6 0	177 400	176 558	177 442
Belgien 1 Fr.	151 600	152 400	149 625	150 375
Italien 1 Lira	181 500	182 500	181 545	182 455
Tschechien 1 Kr.	122 100	122 400	122 193	122 807
Österr. 1000 Kr.	62 800	63 200	62 842	63 158
Ungarn 1000 Kr.	74 800	75 200	84 787	85 213

Amtliche Preise an der Berliner Produktenbörse.

Getreide und Ölsaaten je 1000 Kg. sonst je 100 Kg.
In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.

	1. 3.	29. 2.		1. 3	29. 2.
Weiz., märk.	163-168	163-168	Weizfl. f. Brt.	8,8-9,0	8,8-9
pommerscher	—	—	Roggfl. f. Brt.	7.2-7,3	7,2-7,3
Rogg., märk.	131-137	132 138	Raps	295	295
pommerscher	—	—	Leinsaat	400-410	400-410
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	27-28	27-28
Braugerste	178-188	178-188	kl. Speiseerbs.	17-18	17-18
Futtergerste	155-160	155-160	Futtererbsen	12-13	12-13
Hafer, märk.	115-123	115-123	Peluschken	12-13	12-13
pommerscher	115-122	115-122	Ackerbohnen	13-15	13-15
westpreuß.	—	—	Wicken	14-14,5	14-14,5
Weizenmehl p. 100 Kil. fr. Bln. br. inkl. Sack (feinst. Mrk. fl. Nr.)	24,7-27	25-27,5	Lupin., blaue	13-14,5	13-14,5
			Lupin., gelbe	16-16,5	16-16,5
			Seradella	14-15	14-15
			Rapskuchen	10,7-11	10.7-11
			Leinkuchen	21-22	21-22
Roggenmehl p. 100 Kil. fr. Berl. brutto inkl. Sack	22-23,5	22-23,5	Trockenschnzl.	8,3-8,4	8,3-8,4
			ww. Zuckerm.	16-22	16-22
			Torfml. 30/70	8,7-8,8	8,7-8,8
			Kartoffelfl.	17,6	17,7-18

* Amtlicher Schlachtviehmarkt. Berlin, den 1. März. Auftrieb: Rinder 2202 (darunter 686 Bullen und 479 Ochsen), Kühe und Färsen 1037, Kälber 1600, Schafe 4675, Schweine 6707, Ziegen 13, Schweine aus dem Auslande 709. Preise: Ochsen 42—47, Bullen 38—40, Färsen und Kühe 38—45, Fresser 28—33, Kälber 85—95, Stallmastschafe 48—55, Schweine 69—70, Sauen 60—64, Ziegen 25. Marktverlauf: In allen Gattungen glatt. Gute Kälber gesucht.

* Neue Micum-Abkommen. In Düsseldorf sind in den letzten Tagen zwischen der Micum und den Vertretern der verschiedenen Gruppen der Ruhrindustrien eine Reihe neuer Abmachungen getroffen worden, ein Abkommen mit dem Zweckverband der Industrie für Haushaltungsgegenstände und mit Firmen der Glaswarenindustrie, der Automobil- und Fahrrad-, der Emaille- und Aluminiumindustrie, ein Abkommen mit der Spiegel- und Flaschenglasindustrie und ein solches mit der Becherglasindustrie.

* Freigabe von Einfuhrwaren. Nach Verordnung des Reichswirtschaftsministers wird mit Wirkung vom 7. März 1924 die Einfuhr verschiedener Waren ohne besondere Bewilligung gestattet; insbesondere sind zur Einfuhr freigegeben: Korkholz, Korkabfälle, Korkmehl, zugeschnittene Korkwürfel, Kalbfelle, Rind- und Roßhäute, Lamm-, Schaf-, Ziegen-, Kaninchen- und Hasenfelle, sowie Eisen- und Manganerze und Erdwachs.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Landfriedensbrecher vor Gericht. Vor der Strafkammer Hildesheim hatten sich 48 Personen aus Lehrte bei Hannover wegen Landfriedensbruches zu verantworten. Die Verhandlungen dauerten zwei Tage. Es handelte sich in der Hauptsache um Gewalttätigkeiten, die im Herbst vorigen Jahres bei Beschaffung von Waffen seitens sogenannter Roter Hundertschaften begangen worden waren. Fünf Haupträdelsführer wurden zu je drei Jahren Gefängnis verurteilt, eine Reihe von Angeklagten erhielt Gefängnisstrafen von 1 Monat bis zu 1½ Jahren, sechs wurden freigesprochen.

§ 25 000 Pfund Schadenersatz für falsche Diagnosen. Nach einer monatelangen Untersuchung hat ein Londoner Gericht den Fall eines gewissen Harnett-Newington dahin entschieden, daß dieser zu Unrecht nicht weniger als acht Jahre in einer Irrenanstalt eingesperrt gewesen war. Das Gericht sprach ihm eine Schadenersatzsumme von 25 000 Pfund zu, die die Ärzte ihm zahlen müssen, die damals die falsche Diagnose gestellt haben. Das Gericht betont in der Urteilsbegründung, daß es leider so wenig Mittel gebe, um das Publikum gegen derartige ärztliche Willkür zu schützen.

§ Der Urheber der Wunstorfer Eisenbahnkatastrophe. Vor der Strafkammer I Hannover fand die Verhandlung gegen den Aushilfsweichensteller Friedrich Eikmann wegen Transportgefährdung und fahrlässiger Tötung statt. Es handelt sich um das furchtbare Eisenbahnunglück bei Wunstorf in der Provinz Hannover, bei dem 20 Menschen, darunter mehrere Holländer, den Tod gefunden haben. Die Verhandlung zeigte, daß der Angeklagte bei Ausübung seines Dienstes eine unentschuldbare Fahrlässigkeit bewiesen hat. Er sagte selbst, daß er so verwirrt gewesen sei. Die Ursache des Unglücks ist lediglich in einem fehlerhaften Blocken durch den Hilfsweichensteller zu suchen. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten.

§ Zum Tode verurteilt. Die Strafkammer in Ols verurteilte den Landarbeiter Sboron wegen Mordes zum Tode. Sboron hatte in Rux (Kreis Trebnitz) aus einem Hinterhalt auf seinen Dienstherrn Feige, an dem er sich rächen wollte, mehrere Schüsse abgegeben; die Schüsse trafen und töteten jedoch den Begleiter Feiges, den Oberleutnant Hermann.

Schriftleitung: Wilh. Bell Halver.

Statt besonderer Anzeige.



Dem Herren über Leben und Tod hat es gefallen, heute morgen 7 Uhr unsern guten, unvergesslichen Vater, Schwiegervater, Grossvater, Schwager, Onkel und Vetter, den

Rentner

Carl Kipper

Veteran von 1864, 66, 70 71,

infolge Altersschwäche, im Alter von 86 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Dieses zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme schmerzerfüllt an im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Otto Kipper,
Wwe. Anna Frowein
geb. Kipper,
Ernst Kipper,
Elise Kipper
geb. Backhaus,
Alma Kipper
geb. Herzog
und 5 Enkelkinder.

Varmert b. Rönsahl, Vosskuhle bei Wipperfürth und Plettenberg, **den 1. März 1924.**

Die Beerdigung findet am Dienstag, **den 4. März**, nachmittags um 3 Uhr, **vom Sterbehause aus statt.**

Statt besonderer Anzeige.



Am Sonntag abend 9 Uhr entschlief sanft nach langem, schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager, Grossvater und Onkel

Gustav Alte

im 75. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Kierspe, Bielefeld, Hasslinghausen, Gummersbach, Oberbrügge und Valbert, den 3 März 1924.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 5. März, nachm. 4 Uhr, vom Sterbehause aus statt.

Kranzspenden und Kondolenzbesuche im Sinne des Entschlafenen dankend verbeten.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben **Heini**, insonderheit den Lehrern und Schülern der Ostschule, sowie Herrn Pastor Grosse-Dresselhaus für seine trostreichen Worte sagen wir hiermit allen unsern tiefgefühlten Dank.

Familie Robert Schreiber.

Bekanntmachung.

Die festgesetzte Amtskassenrechnung für 1922 liegt 14 Tage zur Einsicht der Amtseingesessenen in Zimmer 1 des Amtshauses offen.

Kierspe, den 22. Febr. 1924.

Der Amtmann.

In das Handelsregister A Nr. 801 ist heute bei der offenen Handelsgesellschaft **Gebr. Haase, Halver**, eingetragen: Der Kaufmann **August Schäckermann in Halver** ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten.

Lüdenscheid, 26 Febr. 1924.

Das Amtsgericht.

Die Schuldienerinnenstelle an der Rektoratschule in Halver ist zum 1. April ds. Js. neu zu besetzen. Meldungen werden schriftlich oder im Amtshause, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen.

Halver, den 1. März 1924.

Der Amtmann.

Mietsätze ab 1. März 1924.

Die Zuschläge zur Friedensmiete betragen

1	für Verwaltungskosten usw.	5 %
2	„ laufende Instandsetzungsarbeiten .	8 %
3	„ Betriebskosten	15 %
	Zusammen	28 %

Die Grundsteuer kann in Höhe von 10 % auf die Mieter nach dem Verhältnis der Grundmieten umgelegt werden.

Lüdenscheid, den 29. Febr. 1924.

Der Amtmann.

Kopierbücher zu 500 u. 1000 Seiten sind vorrätig bei W. Bell jr., Halver

Inserate

für die **Tagesausgabe** erbitten wir bis spätestens

3 Uhr nachm. tags vorher.

Größere Anzeigen wolle man früher aufgeben, da sonst für eine schöne Ausstattung u. gute Plazierung keine Gewähr übernommen werden kann.

Der Verlag.

Bekanntmachung.

Gemäß §§ 86 ff des Wassergesetzes vom 7 April 1913, wird öffentlich bekannt gemacht daß die Firma **Potthoff & Schmidt** zu Kierspe-Bahnhof die Sicherstellung und Eintragung des Rechtes beantragt hat, das Wasser der Volme nach Maßgabe des vorgelegten Antrages und seines Lageplanes vom 5 Juli 1923 durch ein Wehr bis auf Ordinate 345,048 m zu stauen, durch eine Einlaßschleuse und einen Obergraben in einen Sammelteich zu leiten, in ihm auf Ordinate 344,84 m zu stauen, zum Antrieb eines oberschlächtigen Hammerrades zu gebrauchen und das Triebwasser durch einen Untergraben in die Volme zurückzuleiten,

ferner das Wasser des Währbaches durch eine Stauschleuse bis auf Ordinate 348,235 m zu stauen, vermittels eines Obergrabens weiter in den obengenannten Sammelteich zu leiten und hier zu gleichen Zwecken wie das Volmewasser zu verwenden,

endlich, das dem Sammelteich zugeführte, nicht zu verarbeitende Wasser über einen Ueberlauf durch einen Abfallgraben der Volme unbenutzt wieder zuzuführen.

Der Antrag mit Lageplan und Unterlagen liegt auf dem Dienstzimmer des Amtmanns zu Kierspe während der Dienststunden in der unten bezeichneten Frist zur Einsicht aus. —

Widersprüche sind bei dem unterzeichneten Bezirksausschuß als Wasserbuchbehörde schriftlich in 2 Ausfertigungen oder zu Protokoll in der Zeit vom 11 März bis 31. März 1924 einschließlich anzubringen.

Werden innerhalb dieser Frist Widersprüche nicht erhoben oder Anträge auf Sicherstellung von Rechten Anderer zu einer Benutzung des Wasserlaufs nicht gestellt, durch welche die von der Antragstellerin beabsichtigte Benutzung beeinträchtigt werden würde, so geht das Widerspruchsrecht verloren. Auch können nach Ablauf der Frist wegen nachteiliger Wirkung des sichergestellten Rechtes nur noch die im § 82 des Wassergesetzes bezeichneten Ansprüche geltend gemacht werden. Das sichergestellte Recht steht im übrigen einem verliehenden Recht gleich. Bei Ablehnung des Antrages auf Sicherstellung wird nach Ablauf der Widerspruchsfrist das Recht mit der Wirkung eingetragen werden, daß die Eintragung gegenüber denjenigen, die innerhalb der Frist keinen Widerspruch erhoben haben, bis zum Beweise des Gegenteils als richtig gilt, soweit sie nicht mit dem Grundbuch im Widerspruch steht.

Ueber die rechtzeitig erhobenen Widersprüche wird am Mittwoch, den 9 April 1924, nachmittags 12¾ Uhr, vor einem Beauftragten des Bezirks-Ausschusses auf dem Werk der Antragstellerin in Kierspe-Bahnhof verhandelt werden, wozu alle Beteiligten hiermit geladen werden. Diese Verhandlung wird auch im Falle des Ausbleibens eines Beteiligten stattfinden.

Arnsberg, den 19. Febr. 1924.

Der Bezirksausschuß Abteilung II,
Wasserbuchbehörde.

Schützengesellschaft Halver.

Sonntag, den 9. März nachm. 5 Uhr im Gasthof zur Post

Gen.-Versammlung

Tagesordnung:
1. Jahres- und Kassenbericht
2. Rechnungsablage.
3. Vorstandswahl.
4. Medaillenschießen der Jungmannschaften.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Zuverlässiges

Mädchen

zum baldigen Eintritt wird gesucht von

Frau Ernst Dahlhaus,
Sticht bei Halver.

Wir stellen Ostern einen

Kontor-Lehrling

ein

Kattwinkel & Kuhbier,
Kierspe-Bahnhof.



Niederlage bei:
W. Bell jr., Halver.
Gust. Schröder,
Schalksmühle.

Taschenlampen
-Batterien
-Birnen
Feuerzeuge
empfiehlt
F. H. Bohmer,
Schalksmühle.